

Intellektueller weiterer Idiot: Ed Miliband und die Energiekrise in Großbritannien

geschrieben von Chris Frey | 27. Mai 2026

Tilak Doshi

***Vorbemerkung des Übersetzers:** Offenbar ist man in UK noch etwas weiter als bei uns. Der hier beschriebene Wahnsinn ist aber ohne Weiteres auch auf unser Land übertragbar. – Ende Vorbemerkung.*

„Es gibt Ideen, die so absurd sind, dass nur ein Intellektueller daran glauben kann“, sagte George Orwell. Dies scheint bei Ed Miliband der Fall zu sein, der nun gerade auf jene Klimapolitik setzt, die auf einer mittlerweile **diskreditierten** Grundlage errichtet worden ist.

Das internationale Gremium, das für die offiziellen Klimaszenarien des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimawandel der Vereinten Nationen (IPCC) verantwortlich ist, hat im vergangenen Monat still und leise eine Bombe **platzen** lassen: Der berüchtigte RCP8.5-Pfad „Business-as-usual“ – das extreme Emissionsszenario, das praktisch jeder Klimapanik, jeder Forderung nach Netto-Null-Dringlichkeit und jeder Rechtfertigung für Großbritanniens ruinöse Energiepolitik der letzten fünfzehn Jahre zugrunde lag – wurde offiziell für „unplausibel“ erklärt und aus der nächsten Generation von Modellen gestrichen, die in den Siebten Sachstandsbericht des IPCC einfließen. Die **Rede** von UN-Generalsekretär António Guterres aus dem Jahr 2023 über das „Zeitalter der globalen Erhitzung“ klingt nun noch lächerlicher, als sie es damals schon tat.

Roger Pielke Jr. – dessen Forschungsergebnisse vom IPCC in allen drei Arbeitsgruppen intensiv zitiert wurden – **analysierte** dieses erstaunliche Eingeständnis des Gremiums am 29. April in seinem Substack „The Honest Broker“. Die Hochemissionsszenarien (RCP8.5, SSP5-8.5 und SSP3-7.0), die Forschungsarbeiten, Regierungsberichte und Schlagzeilen dominierten, gelten nun als Beschreibungen einer Zukunft, die nicht eintreten wird.

Doch während der IPCC selbst das unsinnige WeltuntergangsmodeLL endlich aufgegeben hat, das er einst als „Basis“ propagierte, treiben der britische Energieminister Ed Miliband, seine Mitstreiter unter den „Netto-Null“-Eiferern in Whitehall und seine globalistischen Kollegen an der Macht in der EU, Kanada und anderswo das „Netto-Null“-Ziel unbeirrt weiter voran. Tatsächlich setzen „Mad Ed“ und seine Bande noch **stärker** auf genau jene Politik, die auf diesem mittlerweile diskreditierten Fundament aufgebaut ist. Das ist intellektuelle, aber idiotische Regierungsführung.

Die IYI-Fraktion und Milibands Referenzen

In einem [Beitrag](#) aus dem Jahr 2016 prägte Nassim Nicholas Taleb den Begriff „Intellectual Yet Idiot“ (intelligent und doch dumm)*, um jene Gruppe von Akademikern – Politiker, Wissenschaftler, Journalisten und Think-Tank-Mitarbeiter – zu beschreiben, die der Gesellschaft große Narrative aufzwingen, ohne selbst irgendwelche Kosten zu tragen.

*Der gängige deutsche Terminus ist wohl „nützliche Idioten“. A. d. Übers.

Was wir weltweit beobachten, von Indien über Großbritannien bis hin zu den USA, ist die Rebellion gegen den inneren Kreis der „Beamten“ und Journalisten-Insider, die Politik machen, ohne selbst etwas zu riskieren – jene Klasse paternalistischer, halbintellektueller Experten mit einer Ausbildung an der Ivy League, in Oxford oder Cambridge oder ähnlichen, auf Labels ausgerichteten Einrichtungen, die uns anderen vorschreiben, 1) was wir tun sollen, 2) was wir essen sollen, 3) wie wir sprechen sollen, 4) wie wir denken sollen ... und 5) wen wir wählen sollen.

Sie mögen Prüfungen mit Bravour bestehen, den Diskurs der Elite dominieren und aus der Sicherheit ihrer stattlichen Landhäuser oder der Aufenthaltsräume in Oxbridge Tugendhaftigkeit zur Schau stellen, doch es mangelt ihnen an praktischem Urteilsvermögen und eigenem Engagement. Wie der Essayist und Blogger Marcus Stone in seiner [Analyse](#) von Intelligenz ohne Urteilsvermögen feststellte, gibt es einen klaren Unterschied zwischen bloßer Unwissenheit (dem Fehlen von Wissen), regelrechter Dummheit (die die Glockenkurve in der IQ-Verteilung reflektiert, eine Tatsache des Lebens) und der unheilbaren, erlernten Idiotie derer, die an Narrativen statt an der Realität festhalten.

Lange vor Taleb brachte George [Orwell](#) diesen Gedanken auf pointierte Weise zum Ausdruck: „Es gibt Ideen, die so absurd sind, dass nur ein Intellektueller an sie glauben kann.“ Thomas [Sowell](#) war ein weiterer scharfsinniger Beobachter dieses Phänomens: „Dumme oder einfältige Menschen können in der Regel nur begrenzt Schaden anrichten. Um eine wahrhaft monumentale Katastrophe herbeizuführen, braucht man Menschen mit hohem IQ.“

Ed Miliband, Großbritanniens Energieminister und Absolvent des PPE-Studiengangs in Oxford – wobei PPE hier nicht für „Pernicious Political Elite“ steht –, verkörpert den IYI-Archetyp mit beunruhigender Genauigkeit. Er will sogar Wäschetrockner verbieten, um die Göttin Gaia zu besänftigen. Seine jüngsten Äußerungen über die „Trennung“ von Gaspreisen und Stromrechnungen, seine Ablehnung der Öl- und Gasvorkommen in der Nordsee und sein unerbittliches Programm aus Auflagen und Subventionen für unzuverlässige, intermittierende erneuerbare Energien offenbaren nicht nur politische Fehler. Miliband offenbart eine tiefgreifende wirtschaftliche Unkenntnis, die Großbritanniens Wohlstand und Energiesicherheit bedroht. Die „Guardian“-lesenden Ideologen und

wohlhabenden Oxbridge-Akademiker intonieren wiederholt Mantras zur Netto-Null-Bilanz und Beschwörungen von „billigen“ erneuerbaren Energien, während die einfachen Bürger die Rechnungen bezahlen.

„Die Verbindung durchbrechen“: Missverständnisse bei der Grenzkosten-Preisbildung

Milibands Leitidee – die von seinen Experten im öffentlichen Dienst wiederholt, von befreundeten Ökonomen wie Professorin Mariana [Mazzucato](#) vom University College London befürwortet und vom Guardian und sogar vom zunehmend „woke“ gewordenen [Economist](#) pflichtbewusst aufgegriffen wird – lautet, dass Großbritannien „die Verbindung zwischen Gas- und Strompreisen aufheben“ müsse. Finanzministerin Rachel Reeves („Rachel aus der Buchhaltung“) [unterstützt](#) Miliband bei diesem Vorhaben.

Es wird argumentiert, es sei unfair, dass erneuerbare Energien zu den Grenzkosten bewertet werden, die durch die „teure“ Erdgaserzeugung vorgegeben sind. Dies, so wird uns gesagt, verteuere „günstige“ Wind- und Solarenergie künstlich. Diese Behauptung zeugt von einem derart grundlegenden Missverständnis der Märkte, dass sie in einer Abiturprüfung in Wirtschaftswissenschaften durchfallen würde.

Jede frei gehandelte Ware oder Dienstleistung – Strom, Gas, Öl, Kupfer, Weizen, Schweinebäuche, Haarschnitte – wird zu Grenzkosten bewertet. Der Anbieter mit den höchsten Kosten, der benötigt wird, um die Nachfrage zu decken, legt den Preis fest, den alle Anbieter im Gleichgewicht erhalten, wo sich die Angebots- und Nachfragekurven schneiden. Das gleiche Prinzip wird durch Adam Smiths Wasser-Diamanten-Paradoxon veranschaulicht: Wasser ist billig, weil es am Rande reichlich vorhanden ist; Diamanten sind teuer, weil die Grenzeinheit knapp ist.

Natürlich erwartet niemand, dass Miliband und seine PPE-Kollegen Adam Smiths „Der Wohlstand der Nationen“ in der Schule gelesen haben:

Die Dinge, die den größten Gebrauchswert haben, besitzen häufig nur einen geringen oder gar keinen Tauschwert; und umgekehrt haben jene, die den größten Tauschwert haben, häufig nur einen geringen oder gar keinen Gebrauchswert. Nichts ist nützlicher als Wasser; doch kann man dafür kaum etwas erwerben; kaum etwas lässt sich im Tausch dafür erhalten. Ein Diamant hingegen hat kaum einen Gebrauchswert; doch lässt sich dafür häufig eine sehr große Menge anderer Güter im Tausch erhalten.

Miliband und seine Mitstreiter von der IYI scheinen mit diesem Konzept noch nie in Berührung gekommen zu sein. Sie verwechseln das Grundprinzip der Grenzkostenpreisbildung in der Wirtschaftswissenschaft mit einem politischen Versagen, das sich per Gesetz beseitigen ließe. Wie die unabhängige Energieberaterin Katherine Porter kürzlich in ihrem ausgezeichneten [Interview](#) mit Spiked erklärte, ist dies jedem Marktteilnehmer klar; nur die IYI-Anhänger betrachten es als eine Besonderheit der britischen Strommärkte, die per Dekret abgeschafft

werden könne.

Nordsee-Öl und -Gas: heimische Vorteile werden ignoriert

Die gleiche „gelehrte Dummheit“, die Marcus Stone so treffend beschrieben hat, durchzieht auch Milibands zweitliebstes Thema: dass die Förderung von Öl und Gas in der Nordsee sinnlos sei, weil „wir keinen Einfluss auf die Weltmarktpreise haben“. Auch hier triumphiert die Ideologie über die Realität. Erdgas hat keinen einheitlichen Weltmarktpreis; es wird auf regionalen Märkten gehandelt – Europas TTF, Asiens JKM, Amerikas Henry Hub –, weil Pipelines sowie die Verflüssigung und der Transport von LNG hohe Transaktionskosten für die Fungibilität verursachen.

Eine gesteigerte heimische Produktion würde das teuerste Grenzanbot (oft importierte LNG-Ladungen) verdrängen und so den Clearingpreis für britische Verbraucher senken. Frau Porter sagte, dass eine Steigerung der Nordsee-Gasproduktion LNG in den Sommermonaten, wenn die Importe gering sind, vollständig verdrängen und die Preise entsprechend senken könnte. Das Gas aus einer Nordsee-Bohrinsel gelangt nicht auf magische Weise in einen globalen Pool; es fließt durch Pipelines direkt in das britische Netz. Und ja, es wird zum Grenzkostenpreis gehandelt, an dem Punkt, an dem der teuerste Anbieter von Nordseegas auf den Versorgungsunternehmen-Kunden mit der höchsten Zahlungsbereitschaft trifft.

Öl ist weitaus austauschbarer, da es viel einfacher zu lagern und zu transportieren ist und es globale Referenzpreise wie West Texas Intermediate („WTI“) und Brent gibt. Die Preise anderer Rohölsorten orientieren sich an diesen Referenzpreisen, sobald Unterschiede in der Qualität des Rohöls und seinem Standort berücksichtigt sind. Doch das Prinzip bleibt bestehen: Eine gesteigerte Öl- oder Gasförderung in der Nordsee trägt zum BIP des Landes bei, unabhängig davon, ob die Fördermengen exportiert oder auf den heimischen Markt gebracht werden. Zudem schafft dies Arbeitsplätze, fördert die Qualifizierung, sorgt für Aktionärsrenditen und Steuererträge.

Auch hier scheint Milibands PPE-Ausbildung die einfache buchhalterische Konvention $BIP = C + I + G + (X - M)$ nicht behandelt zu haben (oder er hat sie kurz nach Schulabschluss wieder verlernt), die die bekannteste Identität in der Makroökonomie darstellt. Das britische BIP ist der Gesamtwert aller Güter und Dienstleistungen, die im Laufe eines Jahres im Land endgültig produziert werden. Nach dieser buchhalterischen Identität ist es auch die Summe aus Konsumausgaben, Investitionen und Staatsausgaben zuzüglich der Exporte (Geld, das Ausländer für den Kauf britischer Güter und Dienstleistungen ausgeben) abzüglich der Importe (Geld, das Briten für den Kauf ausländischer Güter und Dienstleistungen ausgeben).

Politik-Experten

Was verstehen die Politikexperten in Whitehall nicht? Wie kann es angesichts dieser einfachen makroökonomischen Rechnung in Ordnung sein, dass Großbritannien weitere Investitionen aus seinen eigenen Gebieten in der Nordsee vertreibt und gleichzeitig Öl und Gas aus Norwegen kauft? Ist es Milibands Ziel, in einer Art Robin-Hood-Umkehrung die eigenen Bürger des Landes zu verarmen, während die ohnehin schon viel reicheren Norweger noch reicher werden? All dies geschieht im Namen der britischen „[Klimaführerschaft](#)“, wie Rupert Darwall gründlich analysiert hat.

Unter Milibands repressivem System der Windfall-Steuer wurde letzte Woche berichtet, dass sogar BP [erwägt](#), seine Nordsee-Anlagen zu verkaufen und sich vollständig zurückzuziehen, während Norwegen erneut investiert. Die norwegische Regierung, die von Stones gelehrter Dummheit unbeeindruckt ist, [erteilte](#) erst letzte Woche 70 neue Bohrgenehmigungen für Öl und Gas.

Ein weiteres verworrenes [Argument](#), das von den britischen Befürwortern der Netto-Null-Emissionsziele in ihrem Bestreben vorgebracht wird, neue Investitionen in der Nordsee zu unterbinden, lautet wie folgt: „Öl und Gas sind weltweit gehandelte Rohstoffe. UK ist ein zu kleiner Produzent, um den Weltmarktpreis zu beeinflussen. Daher werden weitere Bohrungen in der Nordsee die Energiepreise in UK nicht wesentlich senken.“

Auf einer Ebene ist das natürlich wahr. Aber jeder, der auch nur ein wenig Ahnung von Wirtschaft hat, würde fragen: „Was hat das denn damit zu tun?“ Produzieren Länder nur dann etwas, wenn dadurch die Preise im Inland sinken? In welchem Universum? Länder produzieren, weil es für sie rentabel ist (im kollektiven Sinne, da es ja die Unternehmen sind, die tatsächlich die Produktion leisten). Eine gesteigerte Produktion trägt zum BIP des Landes bei. Die Aktionäre des Unternehmens profitieren davon ebenso wie diejenigen, die durch die verstärkte Wirtschaftstätigkeit Arbeitsplätze und Qualifikationen erhalten. Und dabei ist ein weiteres elementares wirtschaftliches Prinzip noch nicht einmal berücksichtigt: der „Multiplikatoreffekt“ – der Prozess, durch den ein anfänglicher Anstieg von Ausgaben, Investitionen, Produktion oder Einkommen weitere Runden wirtschaftlicher Aktivität in der gesamten Wirtschaft auslöst.

Es gibt noch eine weitere Variante dieser idiotischen Wirtschaftstheorie. Ein Argument, das unter Milibands Verbündeten, Klimaaktivisten, Kommentatoren zum Thema Netto-Null und Mainstream-Medienjournalisten kursiert, lautet in etwa wie folgt: „Nordseeöl wird ohnehin auf den internationalen Märkten verkauft, daher gehört es in keinem sinnvollen Sinne Großbritannien. Daher verbessert eine verstärkte Förderung weder die britische Energiesicherheit noch senkt sie die Rechnungen.“

Wieder einmal muss man viel geistige Standhaftigkeit aufbringen, um sich mit dieser völlig verwirrten Logik auseinanderzusetzen. Was passiert

dabei mit der Zahlungsbilanz von UK? Verbessern britische Exporte nicht die Leistungsbilanz und stärken sie nicht das Pfund? Und wie kann eine gesteigerte Förderung von Öl und Gas aus der Nordsee die Energiesicherheit in UK nicht verbessern, fragt man ungläubig. Doch vergeblich, denn in der Welt des Netto-Null-Fanatismus riechen solche Ansichten nach rechtem Thatcherismus.

IYI-Wirtschaft vs. reale Welt

In der normalen Welt gelten Exporte, Produktion, profitable Branchen, Handelsüberschüsse und hochwertige Industriezweige in der Regel als positiv. Doch in der linksglobalistischen Welt der IYI-Regierungen und politischen Entscheidungsträger – in der die „Kirche des Klimas“ uneingeschränkt herrscht – werden die grundlegenden Gesetze der Wirtschaft per Gesetz außer Kraft gesetzt, und die Förderung von Kohlenwasserstoffen wird als moralisch fragwürdig und wirtschaftlich irrelevant dargestellt. Wenn es um die Rettung der Welt geht, sind diese von besonnenen Ökonomen aufgeworfenen Fragen bloße Nebensächlichkeiten.

Die Rentabilität an sich steht unter Verdacht und zieht den Vorwurf der Schuld auf sich. In einem inzwischen gelöschten Beitrag auf X [warf](#) Miliband BP vor, von der Iran-Krise zu profitieren, als er sich für die Beibehaltung der Sondersteuer auf Investitionen in der Nordsee aussprach. Er bezeichnete dies als „moralisch und wirtschaftlich falsch“. Natürlich versuchte er nicht zu verstehen, warum Rohstoffhandelsabteilungen mit gewieften Händlern – wie sie BP hat – in Zeiten extremer Preisschwankungen außergewöhnlich gut abschneiden. Das ist nicht einmal ansatzweise Kriegsgewinnlertum. Ohne den Stempel eines PPE-Abschlusses ist das von Herrn Miliband präsentierte doppelte Adjektiv ein kleines Rätsel. Zurück in der normalen Welt sind Gewinne gut – denn sie finanzieren Löhne, Mieten, Steuern und zufriedene Aktionäre.

Die britische Öffentlichkeit ist in Aufruhr. Die überraschenden Ergebnisse der Kommunalwahlen in Großbritannien bescherten sowohl der Labour-Partei als auch den Konservativen eine beispiellose Niederlage zugunsten der relativ rechtsgerichteten Partei „Reform UK“, die erst im letzten Jahr an politischer Bedeutung gewonnen hat. Es handelt sich um eine Revolte der einheimischen Wähler aus der Arbeiter- und Mittelschicht gegen das, was David Starkey als die seit langem bestehende „Einparteien“-Elite Großbritanniens [bezeichnet](#) hat. Dies könnte den Anfang vom Ende des Zweiparteiensystems in Westminster markieren, das die britische Politik seit dem späten 17. Jahrhundert geprägt hat, als die Konzepte des modernen Staates erstmals aufkamen.

Gewiss richtete sich der Aufstand nicht nur gegen Milibands strenge Netto-Null-Vorgaben, sondern gegen das gesamte Paket, das von der globalistischen Einparteien-Elite angeboten wurde – darunter offene Grenzen, eine immer engere Union mit der EU trotz Brexit und die Auswüchse eines politisch korrekten Wohlfahrtsstaates, der Einwanderer

gegenüber Einheimischen bevorzugt. Die Wahlurne bleibt der einzige verlässliche Mechanismus, um jene abzusetzen, die für ihre luxuriösen Überzeugungen und ihre idiotische Wirtschaftspolitik keinerlei Konsequenzen tragen müssen.

Eine vernünftige Energiepolitik – jetzt, da sich der IPCC selbst von seinen unglaublichen „Das Ende ist nah“-Szenarien distanziert hat – würde damit beginnen, die Grenzkostenpreisbildung anzuerkennen, anstatt vergeblich zu versuchen, sie abzuschaffen; sie würde eine Steigerung der Öl- und Gasförderung in der Nordsee zulassen, solange der Privatsektor bereit ist, im Rahmen wettbewerbsorientierter Auktionen zu investieren; die sinnlose CO₂-Bepreisung für Gas und tatsächlich für die gesamte energieintensive Industrie aufzugeben; die endlosen Subventionen für erneuerbare Energien einzustellen; die Vorschriften für Elektrofahrzeuge aufzuheben, die kaum jemand kaufen will, und die Überregulierung des Kernkraftsektors abzubauen, beispielsweise nach bewährten südkoreanischen Zeitplänen und Kosten statt unter den aufgeblähten britischen Regulierungsvorschriften.

Großbritannien kann sich kein weiteres Jahrzehnt der IYI-Regierung leisten. Dass die Lichter buchstäblich nicht ausgehen, hängt davon ab.

This article was published first on 18 May 2026 on [Tilak Doshi's Substack](#)

Dr Tilak K. Doshi

Dr Tilak K. Doshi is the Daily Sceptic's Energy Editor. He is an economist, a member of the [CO2 Coalition](#) and a former contributor to Forbes. Follow him on [Substack](#) and X.

Link:

<https://clintel.org/intellectual-yet-idiot-ed-miliband-and-britains-energy-crisis/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE